

Gebühren für Reinigung und Bau von Straßen

Anlieger müssen für Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen zahlen

Beeskow. Mehrere Satzungen verabschiedeten die Stadtverordneten Beeskows auf ihrer Versammlung am Mittwoch. Dazu zählen die Satzungen zur Straßenreinigung und zur Erhebung von Straßenbau- und Erschließungsbeiträgen.

Für die Reinigung der Gehwege und Fahrbahnen sind die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke verantwortlich. Wie das für die einzelnen Straßen festgelegt ist, kann man der Satzung entnehmen. Die Stadt wird für die von ihr gereinigten Straßen Gebühren erheben.

Gebühren werden auch für die Erschließung und den Ausbau von Straßen verhängt. Demnach müssen die Eigentümer der anliegenden Grundstücke oder - bei der Erschließung auch die Nutzer - der Häuser einen Teil der Kosten tragen. Dazu sind sie durch das Baugesetz des Bundes und das Kommunalabgaben-

gesetz des Landes verpflichtet. Zahlen muß auch, wer an der künftigen Straße ein unbebautes Grundstück besitzt, das dadurch als Bauland erschlossen würde.

Die finanziellen Belastungen für die Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze müssen die Grundstückseigentümer gleichfalls mit tragen. Das können erhebliche Beträge werden, schließlich ist Straßenbau nicht billig. Die CDU forderte deshalb, sozialverträgliche Festlegungen zu treffen. Doch der Einigungsvertrag läßt dafür keinen Spielraum. „Wir müssen die Gesetze so umsetzen, wie sie sind, so Tiefbauamtsleiterin Rosemarie Scholz. Möglich sei es aber, das Geld in Raten zu verlangen. Außerdem hätten die Bürger die Möglichkeit, mitzuentcheiden wie eine Straße gebaut wird. Die Vorhaben werden in Einwohnerversammlungen

vorge stellt. Die Kommune hat für niedrige Kosten zu sorgen. „Es darf nur so gebaut werden, wie es notwendig ist. Luxus ist nicht erlaubt“, so die Tiefbauamtsleiterin. Nicht beschlossen wurde - wie eigentlich vorgesehen - über eine Neuauslegung des Flächennutzungsplanes der Stadt. Auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD wurde dieses Thema von der Tagesordnung gestrichen. Über den Flächennutzungsplan soll in den Ausschüssen noch einmal gesprochen werden.

Die CDU-Fraktion begründete ihren Antrag damit, daß die Verwaltung Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Plan nicht umgesetzt habe. So wurde beispielsweise die Entscheidung der Abgeordneten für den Bau eines Bürohauses und einer Ausstellungsfläche durch die Firma Stankowitsch an der B87 nicht in den Plan aufgenommen. INA MATTHES